

Mittwoch.

Nr. 272.

19. November 1856.

Leipzig. Die Zeitung erscheint mit Ausnahme des Montags täglich und wird Nachmittags 4 Uhr ausgegeben.

Preis für das Vierteljahr 1½ Thlr.; jede einzelne Nummer 2 Mgr.

# Deutsche Allgemeine Zeitung.

Zu beziehen durch alle Postämter des In- und Auslandes, sowie durch die Expedition in Leipzig (Ouerstraße Nr. 8).

Wahrheit und Recht, Freiheit und Gesetz

Insertionsgebühr  
für den Raum einer Zeile  
2 Mgr.

## Bur Bewegung gegen die Kirchenzucht in Süddeutschland.

Haus Württemberg, 15. Nov. Seit ich in meinem letzten Briefe die ersten Mittheilungen über die reactionären kirchlichen Bestrebungen gemacht habe, wie sie auf den dresdener Conferenzen offiziell Wein und Fleisch angenommen hatten, ist in der protestantischen Kirche Süddeutschlands und namentlich auch Württembergs eine tiefe Beunruhigung des protestantischen Bewußtseins zum Ausbruch gekommen. Die bis jetzt sich zeigenden Consequenzen geben denjenigen Uehebern der dresdener Beschlüsse Recht, welche den reactionären Feldzugsplan zu Wiedereinführung von Kirchenzucht, Privatbeichte u. c. möglichst zu entfletern bestrebt gewesen sind. Der Stein, welcher durch Veröffentlichung der dresdener Beschlüsse in das ruhige Wasser des protestantischen Kirchensiedens geworfen worden, beginnt in weiten Kreisen seine Wellenlinien zu ziehen, und speziell für unser Land hat es den Anschein, als ob selbst die Kirchenzuchtbestüssengewesenen der oberen Kirchenleiter bereits froh wären, wenn sie mit gutem Anstand aus dem getrübten Fahrwasser wieder weg wären. Unsere selbständigen Presseorgane haben mit seltener Einmuthigkeit und unter seltener Zustimmung der allermeisten selbst kirchlichgesinnten Gebildeten die Bestrebungen angegriffen, welche selbst unter einem großen Theil der protestantischen Geistlichkeit auf Widerspruch und selbst Proteste stossen. Die Presse hat die Sache an den rechten Punkten gefaßt. Sie hebt namentlich hervor, daß prinzipiell von der Zulässigkeit der Kirchenzucht nur in einer freien, nicht aber in einer mehr oder weniger staatskirchlichen protestantischen Religionsgemeinschaft die Rede sein könne. Weiter wird bemerkt, was die protestantische Kirche für einen Augen dabei haben könnte, wenn sie aus bloß Indifferenzen Heuchler mache. Die Kirche werde zweierlei Maß und Recht haben, ein blindes und mildes gegen die obersten und oberen Kreise, ein anderes gegen die spendefähigen, ein anderes gegen die spendeleeren Hände. Zu welcher Klatschzucht, zu welch gemeiner Bestrafung der niederschärfsten Leidenschaften auf dem Bande, in Fällen, welche der Censur der öffentlichen Meinung entgehen, die Handhabung der kirchlichen Zuchtherde führen werde? Ein Blatt wirft mit Recht die Frage auf: wie es wol Goethe, Schiller, Lessing, Fichte bei einem geistlich-protestantischen Inquisitionsverfahren Kirchenzucht übender Pfarrgemeinderäthe ergangen sein würde? Gewiß hätte viele der heutigen Eiferer der Zorn für des Herrn Haus auch diesen geistigen Nationalgeneratoren gegenüber gefressen, welche ihr Volk in eine freie geistige, statt äußere geistliche Zucht genommen haben. Besonders aber indignirt die Art, wie man sogenannte gute Rüchte alter Zucht und alten Kirchensinns „beleben und erhalten“ will. Wir meinen jene rohen Sitten gegen die Magdalenen, die man als Bräute oder auf der kirchlichen Schand- und Lästerbank einem zweiten geistlichen Fall unterworfen will; diese Sitten sollen belebt werden, sollen das Rechte und Gute sein, weil sie in Gemeinden restweise sich erhalten haben, welche notorisch um einige Generationen in der Gesetzung zurück sind! Das Unsitthliche ist das Sitthliche! Die öffentliche Meinung ist namentlich in dieser Beziehung sehr ängstlich, wie sich die Zucht in der Praxis machen würde; denn von der Zucht der Magdalenen ist nur ein Schritt zum Muckerthum! Auch fragt man billig, ob es geeignet sei, versittlichend auf das Volk zu wirken, wenn man dessen sittliches Selbstbewußtsein gesellschaftlich heruntersetzt, ihm ewig von weltverbreiteten Lastern, Asotie, frecher Lästerung u. c. spricht. Weiß man nicht, daß zu Zeiten die Strafen die Verbrechen gerade erzeugt haben? Und diese Herren mögen doch um einige Generationen oder Jahrhunderte zurückgehen und aufrichtig, die Hand aufs Herz, Vergleichungen anstellen; müssen sie dann nicht den jüngsten sittlichen Zustand des Volks als einen sehr gehobenen anerkennen? In der That, die Zuchtherde ist nicht das Mittel für die Geistlichen, sich in das Wohlwollen des Volks wiedereinzusezen, um dessen Pastoration man sich weniger kümmerte, als man in fetter Pründe saß und lebte und leben ließ. Freilich bio haoret! Die Geistlichkeit beginne die Reform an sich, gebe sich inniger der freien Seelsorge, der freien, auf persönlicher Vertrauenswürdigkeit beruhenden Zucht hin, so wird sie die sich selbst Pastorirenden, die darum nicht unkirchlich zu sein brauchen, nicht verlegen und die der seelsorgerlichen Pflege Bedürftigen in freier und darum wirksamster Weise geistig berathen. Dies ist, ich kann die Versicherung geben, der wahre Meinungsausdruck des überwiegenden Theils des protestantischen Württemberg, nicht bloß Derseligen, welche nach dem Ausdruck der Augsburger Postzeitung „zur Naturkirche des Maurerthums“ gehören, sondern auch Derseligen, welche aufrichtig protestantisch-kirchlichgesinnt sind und es mit Entrüstung ansiehen, wie sich die Ultramontanen über den protestantischen Zwist vergnüglich die Hände reiben und dem „nichtmauerischen Theil der evangelischen Kirche“ bereits die Thore der „Starken“, der „schuftig“ ihrer harrenden „Mauerkirche“ weit öffnen. Man sollte nämlich nicht vergessen, daß es ein hiesiges ultramontanes Blatt gewesen ist, welches zuerst die dresdener Geheimnisse im Woerlaut dem staunenden Publicum geöffnet hat. Ich

bemerke oben, daß unsfern oberen Kirchenleitern über dem angefaßten Feuer etwas unbehaglich zu werden scheine. So wird ein dieser Lage im Schwäbischen Merkur erschienener Artikel allgemein aufgefaßt, der vom Oberhofprediger v. Grüneisen, dem württembergischen Delegirten auf den dresdener Conferenzen, verfaßt und von der gegenwärtig versammelten Landeskynode (Prälaten) approbiert worden sein soll. Es wird darin in einer scheinbaren „Brichtigung“ der gegnerischen Zeitungsartikel auseinandergesetzt, wie bis jetzt in Angelegenheiten der Kirchenzucht nur vorberethende Schritte in unsfern Lande geschehen seien, und weiter bemerkt: „Weiteres wird voraussichtlich, zumal nachdem eine auswärts entstandene Aufrregung (Nürnberg) auch bei uns beunruhigend eingewirkt hat, nicht ohne die reißlichste Ueberlegung auch in der Zukunft geschehen. Jedenfalls wird erwartet werden, daß gänzliche Auströhung aus der Gemeinschaft der Kirche (die große Excommunication), deren sich die katholische Kirche noch stets bedient und die evangelischerseits nicht einmal vor 12 Jahren bei dem Hervortreten der bekannten gräßlichen Unsitthlichkeiten in der Gemeinde L. zur Anwendung gekommen ist, auch fernerhin unterbleibe.“ In Betreff der Privatbeichte wird ferner bemerkt: „Zeigt könnte es sich, wenn die Frage bei uns zur Aufrregung käme, was aber bis heute noch nicht geschehen ist, mol nur davon handeln, die Freiwilligkeit der Privatbeichte mittels persönlicher Anmeldung und mit Vermeldung alles bloßen Formalismus wieder mehr in Uebung zu bringen.“ Das heißt ziemlich deutlich Chamade geschlagen. Hoffen wir, die Sache sei bei uns nicht blos aufgeschoben, sondern aufgehoben. Die Eiferer dürfen einen Geschmack davon bekommen haben, wie dürr der Boden ist, auf dem sie saßen wollen, und wie leicht ihnen ihre Hüte über dem Kopfe zusammenbrennen könnte. Die vergängliche Freude und Hoffnung der Ultramontanen wegen der protestantischen Wirren sollte unsers Erachtens selbst jene protestantischen Päpplinge, welche der Eifer für den Herrn führt, etwas stützig zu machen geeignet sein!

## Deutschland.

Aus Süddeutschland, 15. Nov. Die heftige Aufwallung der officiösen Organe Englands, Frankreichs und Österreichs beginnt sich zu mägen und zu legen. Die gegenseitigen Recriminationen werden milder und seltener. Ein altmäßiges Einlenken ist wahrnehmbar. Die englische Presse insbesondere führt die ungeheure Polemik gegen Frankreich und Russland mehr wegen des Eventuellen als Actuellen; sie hatte weniger eine repressive als eine präventive Natur. Ein Bündniß zwischen beiden Staaten war besorgt. Russland trat England zu früh wieder aktiv auf den politischen Schauplatz. Ein englisches Blatt bezeichnete die vorherrschende Stimmung in England treffend mit der Ausfertigung, daß der Friede um ein Jahr zu früh abgeschlossen worden sei. England wollte Russland gedemüthigt, geschwächt, für längere Zeit auf eine passive Rolle beschränkt wissen. Frankreich hatte seine guten Gründe, einen baldigen Frieden zu wünschen. Österreich konnte nicht in rechter Zeit zum Entschluß kommen, im Sinne von England sich aktiv am Kriege zu beteiligen. Jetzt, wo die Freundschaft mit Russland doch verschwunden ist, mag es wol einsehen, daß seine Zwitterstellung zwischen Krieg und Frieden eben doch ein Fehler war. Russland „sammelt sich“ und bleibt eine gewaltige Macht, ein unheimlicher Nachbar. Der Friede ist nun aber einmal da. Russland „schmolzt nicht“; es kennt den „Platz, welchen ihm die Vorherrschaft in Europa angewiesen hat“ und — nimmt ihn wieder ein. Wer kann ihm dies verargen? Die Schuld liegt dort, von wo aus es Russland möglich gemacht ward, so schnell wieder seine Thätigkeit nach außen zu verwenden und mitzusprechen, wo es glaubt, seine Meinung aussprechen zu müssen. War auch das Debüt ein missglücktes, so sieht sich ruhig und schlau noch der rechten Rolle um. Seitdem die officiöse Presse mehr zur Raison gekommen ist, tritt selbst die Unruhe geschmeidiger auf, indem sie z. B. erklärt, daß von einem Triumph der englischen Politik über die französische in Konstantinopel keine Redo sein könne; nur der russische Intriguengeist habe dort eine Niederlage erlitten und es liege dem englischen Volke die französische Allianz so sehr wie jemals am Herzen. Der Moniteur desavouirt seinerseits den Constitutionnel und man spricht, weil dieser von dem Grafen Walowski für sein entschiedenes Plaidoyer gegen die Occupationsverlängerung inspiriert gewesen sein soll, von dem Rücktritt dieses Ministers. Ist hr. v. Persigny sein Nachfolger, so ist der englisch-französischen Allianz eins desto größeres Concession gemacht. Es scheint, daß in Absicht auf die Nämung der Donaufürstenthümer und des Schwarzen Meeres eine vorläufige Verständigung versucht werde, die dann bei den zweiten Pariser Conferenzen zum Definitivum erhoben würde. Frankreich besteht, unterstützt von Russland, auf dem Zusammentritt dieser Conferenzen. Einem Gerücht zufolge will sich auch England dazu vorstellen, vielleicht mit dem Vorbehalt, daß sie nach seinem Willen zugeschnitten werden. Sonderbar und „gutem Glauben“ kaum entsprechend wäre jedoch

Englands Forderung, daß Preußen und Sardinien von den Konferenzen auszuschließen seien. Die österreichische Presse ist solchen Konferenzen ebenfalls wenig geneigt; sie erinnert daran, daß die ersten Konferenzen nur deshalb so rasch und glücklich zu Ende geführt worden seien, weil bei den verbündeten Mächten Einigkeit über den Endzweck geherrscht habe; jetzt aber sei die Sachlage verändert und eine andere Gruppierung der Parteien im Zuge; das Recht der Mehrheit aber sei kein Prinzip des Völkerrechts; möglicherweise könnten demnach die zweiten Konferenzen zu einem gefährlichen Ausgang führen. Doch liegt eine Annäherung an die französische Untersuchungswise laut Moniteur in der Andeutung vor, daß Österreich, falls die Regelung der Hauptfragen unter den Cabineten vorausgehe, mit einem Schlussschlag in Paris einverstanden sei. Welche Ansicht Österreich bezüglich des englischen Ausschlussegehrs habe, das wird sich zeigen. Unter so bewandten Umständen sind wir vorerst auf die Geduld verwiesen. Es ist nämlich abzuwarten, was als Gegenstand der einstweiligen Verständigung betrachtet werde und ob und inwieweit dieselbe zustande komme. Jedenfalls erstreckt sich der Versuch auf die Donaufrage und bleibt die Räumung ohne die bisherige Opposition bis auf Weiteres ausgesetzt. Gelingt für diese Frage eine Verständigung nicht, dann stehen wir auf dem alten Punkte und tritt mit dem Dilemma: ob nun gleichwohl zweite Konferenzen oder keine? förmlich eine Krise ein. Auch läßt sich wol im Allgemeinen soviel annehmen, daß nach den Absichten von Österreich und England keine Punkte vor die Konferenzen gebracht werden sollen, welche nicht zuvor vereinbart oder wenigstens genau festgestellt sind. Um so gespannter darf man aber darauf sein, wie es z. B. mit der italienischen Frage gehalten und ob diese etwa auch zum Object vorgängiger Befprechung und Verständigung gemacht oder aber den Konferenzen selbst vorbehalten werde. Gewiß ist nur, daß für die Conjecturalpolitik ein sehr weites Feld geöffnet und noch Anlaß genug zur Besorgniß für die Zukunft gegeben ist. Die Interessen reichen mit ihren Fäden nach zu vielen Punkten, um sich nicht immer wieder durchkreuzen zu müssen, und gerade hierin liegt, weil Palliative nicht ausreichen, die Gefahr für die Zukunft. Immerhin ist zur Zeit die französisch-englische Allianz noch eine Wahrheit und die französisch-russische noch keine Wahrheit. Zwischen einer Annäherung und einer Allianz liegt noch gar Vieles in der Mitte. Die offiziösen Pressegane von Frankreich, England und Österreich haben viel zu viel Lärm geschlagen und viel zu heftig sich gegenseitig den Text gelesen. Es ist dies kein gutes Beispiel, zumal hinter den offiziösen Artikeln nun einmal, in den Augen des Publicums, die Regierungen selbst stehen.

**Preußen.** — Berlin, 17. Nov. Wir dürfen in den nächsten Tagen von Bern aus die Nachricht von der Übergabe einer neuen Note durch den diesseitigen Bevollmächtigten bei der schweizerischen Eidgenossenschaft, Hrn. v. Sydow, erhalten. Bekanntlich hat Hr. v. Sydow, nach Empfang der ersten Nachrichten über die Vorgänge in Neuenburg, unter Vorbehalt der von seiner Regierung weiter zu thuenden Schritte, die schon bei früheren Gelegenheiten ausgesprochene Rechtsverwahrung in Bezug auf die Ansprüche des Königs von Preußen auf Neuenburg erneuert. Kurz darauf intervenierte Hr. v. Sydow zu Gunsten der gefangenen Royalisten, deren Freilassung er verlangte. Seitdem war ein weiterer direkter diplomatischer Verkehr zwischen Preußen und der Schweiz über die neuenburger Angelegenheit nicht erfolgt. Die Antworten, welche der schweizerische Bundesrat dem Hrn. v. Sydow ertheilte, sind bekannt: der Bundesrat stößt sich an die Rechtsverwahrung Preußens nicht, welcher er das schweizerische seit accmpli von 1848 entgegenstellt, und im Uebrigen soll der Justiz gegen die neuenburger Royalisten ihr Lauf gelassen werden. Später, als man von allen Seiten in den Bundesrat wegen der Freilassung der gefangenen Royalisten drang, ging die schweizerische oberste Bundesbehörde insofern von ihrem anfänglichen Standpunkt ab, als sie erklärte, daß sie die gefangenen Royalisten wol freigeben wolle, jedoch nur unter der Bedingung, daß Preußen vorher auf seine Ansprüche auf Neuenburg förmlich verzichte. Diesen Standpunkt hat die oberste schweizerische Bundesbehörde seitdem festgehalten und denselben wiederholt diplomatisch entwickelt; namentlich war dies in einem Rundschreiben der Fall, welches der schweizerische Bundesrat, aus Anlaß der Intercession Frankreichs, Österreichs und Russlands zu Gunsten der Gefangenen, an die europäischen Großmächte richtete. Die diesseitige Regierung hat nun heraus Gelegenheit genommen, die Deductionen des Bundesrats zu beleuchten und zu widerlegen. Aber es soll auch bei dieser Widerlegung nicht bleiben, sondern es wird deutlich gesagt, daß Preußen, wenn es auf anderm Wege zu seinem Ziele nicht kommen könne, die Schweiz zur Achtung seines guten Rechts und zur Freigabe der Gefangenen zwingen werde. Wenn es indessen feststeht, daß Preußen die Eventualität kriegerischer Maßregeln gegen die Schweiz scharf und überhaupt sehr bestimmt ins Auge faßt, so muß anderseits doch auch wieder nicht übersehen werden, daß von dem Eintritt dieser Eventualität die Dinge vorderhand doch noch ziemlich weitab liegen. Was in den Blättern von einem angeblich bereits beschlossenen Marsch dreier Armeecorps nach der schweizerischen Grenze, von einem bereits fertigen Feldzugsplan ic. gesagt wird, alles Dies gehört zur Zeit noch in das Feld der Conjectur. Allerdings macht Preußen sich ernstlich darauf gefaßt, die Wiederherstellung seines Rechts, welches von der Freigabe der gefangenen Royalisten nicht zu trennen ist, nötigenfalls mit den Waffen in der Hand wiederzuerobern; allein zu vergessen ist auch nicht, daß, bevor es zu diesem letzten Mittel kommen kann, alle Bemühungen zur Herbeiführung einer Verständigung auf friedlichem Wege gescheitert sein müssen. Ob diese Bemühungen aber wirklich alle scheitern werden, das bleibt vorderhand denn doch erst noch abzuwarten.

Die gegenwärtige Anwesenheit des Generals Dufour in Paris wird man französischerseits gewiß benutzen, um dem schweizerischen Bundesrat in eindringlicher Weise sagen zu lassen, was im Interesse der Schweiz selbst hier zu thun nötig sei. Die Ansichten auf das Zustandekommen der zweiten Pariser Konferenz, auf welcher die neuenburger Frage bekanntlich ebenfalls in Behandlung genommen werden sollte, sollen, neueren Andeutungen folge, auch wieder etwas besser geworden sein. — Die gemeinschaftlichen Zollnahmen an Ein-, Aus- und Durchgangsabgaben im Zollverein im ersten Halbjahr 1856 betrugen, nach einer amtlichen Zusammenstellung im Handelsarchiv, 12,157,508 Thlr., welche Summe, gegen die Einnahme in derselben Periode im Vorjahr, eine Mehreinnahme von 368,769 Thlr. ergibt. Die Runkelrübenzuckerfabrikation hat im letzten Jahre um ein volles Zehntel ihres bisherigen Betriebs zugenommen. In der Betriebsperiode vom 1. Sept. 1855 bis Ende August 1856 wurden nämlich in 216 Fabriken 21,839,799 Etr. Runkelrüben versteuert, während in demselben Zeitraum von 1854—55 nur 19,188,402 Etr., also 2,651,396 Etr. weniger, versteuert worden sind. — Wie man hört, soll Techen, nach erfolgter Verwerfung seiner Nichtigkeitsbeschwerde, an allerhöchster Stelle ein Gnaden-ge- such eingereicht haben. Von Lindenbergs hört man, daß er die gegen sein Urteil anfangs eingelegte Appellation wieder zurückgenommen habe und es bei dem an den Prinzen von Preußen von ihm gerichteten Gnaden-ge- such bewenden lassen wolle. In diesem Gnaden-ge- such soll Lindenbergs sagen, daß er, in seinem Schreiben an den Generaladjutanten v. Gerlach, in der besten patriotischen Absicht gehandelt habe, daß er jedoch das Geschehene nun mehr tief bereue. — Durch Verfügung des Polizeipräsidiums ist der vor kurzem aus seiner Haft entlassene Director des Friedrich-Wilhelmsstädtschen Theaters, Hr. Deichmann, in seine frühere Stellung wieder eingesezt worden. Hieraus dürfte nothwendig hervorgehen, daß die Voruntersuchung jedenfalls nichts Betrügerisches von Seiten des Hrn. Deichmann herausgestellt haben kann. — Die Direction der Berlin-Hamburger Eisenbahngesellschaft geht mit der nachahmungswerten Absicht um, die Wagen der ersten und zweiten Classe, nach französischer Art, während des Winters auf der Fahrt heizen zu lassen. — In Betreff des Executors Räsch, der jüngst seine Frau, seine beiden Kinder und dann sich selbst umgebracht hat, erzählt man sich jetzt in der Stadt nachträglich eine sonderbare Geschichte. Derselbe spielte ein Viertelos, und auf die betreffende Nummer sollen in soeben beendigten Ziehung 40,000 Thlr. gefallen sein.

Die offizielle Preußische Correspondenz enthält an ihrer Spitze folgenden mit gesperrter Schrift gedruckten Artikel: „Die schweizerische Presse gefällt sich mit wenigen Ausnahmen in den rohesten Schmähungen gegen Preußen und Deutschland. Das besonders die neuenburger Journale sich darin überbieten würden, war vorauszusehen. Das gute Recht Preußens kann und wird durch ein solches Gebaren nicht berührt werden. Wer schimpft und verleumdet, erniedrigt nur sich selbst. Unbeirrt verfolgt die königliche Regierung ihren ernsten Weg, auf dem ihr das Recht zur Seite steht, und der die Wahrheit zur Geltung bringen und der Treue die verdiente Würdigung sichern wird.“

Das Berliner Correspondenz-Bureau vom 7. Nov. sagt: „Wir hören aus zuverlässigster Quelle, daß in der letzten von Preußen und Österreich nach Kopenhagen abgesendeten Note der 10. Dec. als der äußerste Term in Aussicht genommen ist, bis zu welchem die beiden deutschen Großmächte von weiterm Vorgehen in der holstein-lauenburgischen Angelegenheit Abstand zu nehmen entschlossen seien. Man erwartet, daß das dänische Cabinet noch vor Ablauf dieses Monats sich darüber erklären werde, ob es geneigt sei, die dänische Verfassung vom 2. Oct. v. J. den holsteinischen Provinzialständen zur Berathung und Anerkennung vorzulegen. Geht wieder Erwartet bis dahin keine oder keine befriedigende Erklärung ein, so werden beide Großstaaten den Deutschen Bund zur Intervention in Holstein auffordern.“

Weihlar, 14. Nov. Der Streit zwischen den Katholiken und Evangelischen dahier über den Gebrauch des Doms in den Wochentagen von 7 bis 9 Uhr Morgens zu gottesdienstlichen Zwecken hat heute seine Erledigung gefunden. Das königliche Kreisgericht dahier hat die Katholiken mit ihrer Klage über Besitzstörung abgewiesen. (Erkl. Pz.)

**Bayern.** — Aus Bayern, 16. Nov. Wirkliche Sensation erregt die gestern bekannt gewordene Rede des Generalstaatsprocurators der Pfalz, Hrn. Schmitt, bei Gelegenheit der Eröffnung der Sitzungen des Appellationsgerichts in Zweibrücken. Schon öfter, und besonders in der Wahlgemeinde der Pfalz im vorigen Jahre, hatte dieser Mann durch seine überconservative Bestrebungen sich ausgezeichnet und einen Eifer in Verfolgung seiner Richtung und gegen die bekannten Reklamanten entwickelt, der durch die Verhandlungen der Kammer eine ihm gewiß sehr unangenehme Beleuchtung und durch die Endurtheile des obersten Gerichtshofs in der Fröhlich'schen Untersuchungsfache eine ihm ungünstige Entscheidung erfuhr. In der neuen Mede scheint wiederum der Sprecher und der Effekt der Worte den Redner hingerissen und über die Schranken seines Berufs hinausgeführt zu haben, indem er sich bis zu einer Kritik der Kammerverhandlungen und der Neuerungen einzelner Abgeordneten versteigt. Es heißt darin unter Anderem: „Es sind auch Stimmen in einer Versammlung lautgeworden, der wir in ihrer Gesamtheit sowohl wie in ihren Ansichten und Beschlüssen die gebührende Achtung stets gezollt — Stimmen, die wir nicht unbesprochen lassen dürfen, gerade weil sie in jener Versammlung verlauteten, und obgleich wir die Ansichten Einzelner von den gesetzlich sich kundgebenden Ansichten der Gesamtheit zu trennen wohl ver-

standenen davon  
General  
Wort  
die ch  
nach  
Kung  
als ei  
worden  
lischen  
zurück  
und b  
Freiheit  
auch j  
Misbr  
dazu  
nicht z  
woldest  
Und w  
freien  
ohne d  
von, d  
des fac  
ralproce  
sehen d  
schaftlic  
standes  
vornehm  
gehalter  
was da  
das kein  
Neueri  
in der S  
chen, i  
psindlich  
ten Abg  
seine ch  
wolts li  
für den  
genug in  
einem S  
ein Abg  
sege, die  
man fra  
mit dem  
sondern  
ohne das  
— Die  
tern wir  
den eben  
buchs üb  
lung der  
Wir wiss  
nehmen e  
griffen zu  
ausschüsse  
lizigefesbz  
spruch zu

Ba  
nal verwe  
selben au  
neuen Be  
gut, daß  
schein als  
ein Verbr  
gangene E  
der jüngste  
noch man

Sch  
den, daß  
bade Düs  
ort dient,  
praktische  
sich nicht  
— Aus  
reichische G  
bruch der  
zu veranla  
Wiener-E  
fassung d  
mächten pr

standen und wohl verstehen. Es ist dort gesagt worden: «man wolle nicht davon sprechen, wie man Gesetze interpretire, wie dort jenseit von einem Generalstaatsprocurator interpretirt werde.» Durch diese Worte, zudem Worte eines Mannes, dessen Stand ihm die christliche Liebe und Duldung, die christliche Bescheidenheit und Demuth zur besondern Pflicht macht, ist nach unverwirrlichen Zeugnissen die nur theilweise unter unserer Mitwirkung im ordentlichen Rechtsweg erfolgte Gesetzesauslegung und Anwendung als eine «merkwürdige» öffentlich und vor dem ganzen Lande bezeichnet worden. Dieser Angriff gilt drei übereinstimmenden unter- und obergerichtlichen Urtheilen, welche politische Leidenschaften in die gesetzlichen Schranken zurückweisen, welche anerkennen, daß das Recht der Beschwerde, der Klage und der Vertheidigung zwar frei ist, daß aber auch diese, wie jede andere Freiheit, ihre bemessenen Grenzen hat, die nicht zu überschreiten sind, daß auch jenem Recht, wie allen Rechten, die Pflicht gegenübersteht, keinen Missbrauch damit zu treiben. Diese Aufrechthaltung des Gesetzes durch die dazu berufenen, in der Rechtsprechung völlig unabhängigen Gerichte sage nicht zu; aber der gegentheilige Ausspruch hätte von manchen Seiten den wildesten Beifall, verlebendes Lobpreisen zur unmittelbaren Folge gehabt. Und wo soll es hinkommen, wenn selbst der gewissenhafte Ausdruck der freien richterlichen Überzeugung in solcher Weise angetastet werden darf, ohne daß sofort die wohlverdiente Zurechtweisung erfolgte?» Abgesehen davon, daß es völlig unverständlich ist, was die zulegt berührte Verleugnung des factisch bestehenden oberstrichterlichen, und die Anschaungen des Generalprocurators durchaus verwerfenden Endurtheils bezeichnen soll, und abgesehen davon, daß der durch die ganze Rede laufende Versuch, dem anwaltsschafflichen Personal die Unabhängigkeit und Selbständigkeit des Richterstandes zu octroyiren, der Autorität desselben Eintrag thun muß, so ist es vornehmlich die Art, wie in einer amtlichen Rede, vor einem Gerichtshof gehalten, von dem einen Factor der Gesetzgebung gesprochen ist, daßjenige, was das größte Aufsehen erregt. Und die Bestimmung der Verfassung, daß kein Mitglied der Ständeversammlung wegen der in dieser gethanen Neuerungen außerhalb derselben für verantwortlich gemacht werden, scheint in der That durch den Charakter dieser Rede, des Mannes, der sie gesprochen, und der Versammlung, vor welcher sie gesprochen worden ist, empfindlich berührt, wogegen die Schwäche, die in der Erinnerung des citirten Abgeordneten an seinen geistlichen Stand und in der Berufung an seine christliche Duldung und Bescheidenheit von Seiten eines Staatsanwalts liegt, nahebei zwar ans Ertheiternde grenzt, aber doch, besonders da für den gegentheiligen Ausspruch wildester Beifall vorausgesetzt wird, schwer genug ins Gewicht fällt. Man kann sich nicht davon überzeugen, daß es einem Staatsanwalt zustehe, „wohlverdiente Zurechtweisung“ zu geben, wenn ein Abgeordneter innerhalb der Kammer über die Interpretation der Gesetze, die zu machen er selber mitgeholfen, missbilligend sich ausspricht, und man fragt sich, gegenüber der Frage des Generalprocurators, wohin soll es mit dem constitutionellen System kommen, wenn nicht unabhängige Richter, sondern ein bloßer Staatsanwalt eine solche Sprache amtlich führen dürfen, ohne daß „wohlverdiente Zurechtweisung sofort erfolgte?“

— Die Neue Münchener Zeitung schreibt: „In mehreren inländischen Blättern wird eines «Gerüchts» Erwähnung gethan, als ob die Staatsregierung den eben versammelten Gesetzgebungsausschüssen den Entwurf eines Gesetzbuchs über das Strafverfahren vorzulegen beabsichtige, worin die Aburtheilung der Pressevergehen den Geschworenen gerichteten entzogen werde. Wir wissen zwar nicht, aus welchen Quellen diese Blätter geschöpft haben, nehmen aber keinen Anstand, jenes «Gerücht» gerade als aus der Lust gegriffen zu bezeichnen, da die Aufgabe, zu deren Lösung die Gesetzgebungs-ausschüsse durch den Landtagsabschied einberufen wurden (Straf- und Polizeigesetzbuch), umfangreich genug ist, um ihre ganze Thätigkeit in Anspruch zu nehmen.“

**Baden.** Ein „Gingesandt“ aus Heidelberg im Frankfurter Journal vertheidigt die reconstituerten alten Corps gegen die Angabe, daß dieselben aus Unzufriedenheit ihrer Wiedererrichtung ein gemeinschaftliches Fest mit den neuen Verbindungen gefeiert hätten. Die alten Corps würden zwar recht gut, daß sie „dem Senat gegenüber“ auf keinem andern gesetzlichen Boden stehn als die neuen Vereine; daß sie sich aber „je herbeiließen“, mit diesen ein Verbrüderungsfest zu feiern, davor „schütze sie“ der noch nicht ausgewogene Corpsgeist, der „vor mehr als einem Menschenalter schon die Väter der jüngsten Corpsstudenten beseelt habe und auf der Hochschule Heidelberg noch manches Jahr die studirende deutsche Kraft und Ehre lehren werde“.

**Schleswig-Holstein.** Kiel, 13. Nov. Verschiedene Zeitungen melden, daß auf Anordnung des Ministers v. Scheel aus der bei dem See-bade Dusternbrook befindlichen herrlichen Waldung, welche zum Lustort dient, 100 Fuder Holz geschlagen werden sollen. Das wäre eine praktische Anwendung der Domänengesetze; wir hoffen, daß die Nachricht sich nicht bestätigt.

**Österreich.** Wien, 17. Nov. Heute früh haben der Kaiser und die Kaiserin ihre Reise nach Italien angetreten.

— Aus Wien wird der Berliner Börsen-Zeitung gemeldet, daß das österreichische Cabinet Schritte zu thun beabsichtigt, um den durch den Ausbruch der Februarrevolution verhinderten Zusammentritt von Conferenzen zu veranlassen, welche bezeichnen sollten, über die im Widerspruch mit der Wiener-Congressakte geschehene Umwandlung der schweizer Bundesverfassung zu verhandeln, gegen welche bekanntlich damals von vier Großmächten protestiert worden war.

— Aus Wien vom 13. Nov. wird der Frankfurter Postzeitung geschrieben: „Ein Criminalrechtsfall, welcher während der Untersuchung stets größere Dimensionen annimmt, beschäftigt seit einer Woche die Aufmerksamkeit des Publicums in hohem Grade. J. P., ein durch vier Dekorationen ausgezeichneter Offizier, welcher überdies einem Corps angehörte, dessen Uniform besonderes Vertrauen einflößen muß, missbrauchte diese sozialen Vorzüge zu einer Reihe von Beträgerien und Schwindelien, welche ihn erst um seine Stellung, dann um seine persönliche Freiheit und mehrere Familien um ihre Existenz brachten. Zuerst missbrauchte er seine amtliche Stellung bei der öffentlichen Subscription auf die Creditactien, gewann einige Tausend Gulden, wurde immer kühner, zog viele höhere Offiziere in seine Börsenspeculation, deckte seine Verluste durch Wechsel, zu welchen er sich die Accepte und Giro unter mancherlei Vorstellungen, worunter mehrere Heirathsversprechen, erschwindet, verlor abermals, nahm zu förmlichen Kasinospielenstücke seine Zuflucht, indem er bei Prolongationen unechte Wechsel zerriss und die echten nochmals ausgab, und endete mit förmlichen Beträgerien, welche ihn unserm ausgezeichneten Polizeirath v. Gelsenbach und der Criminaljustiz in die Hände lieferten. Am empfindlichsten wurde wohl der Redacteur der Donau, Dr. v. Schwarzer, betroffen; die Production betrügerischer Wechsel, welche er im Vertrauen auf die Person des P. und die bekannte Zahlungsfähigkeit der Familie L., deren jüngere Tochter allgemein als dessen Braut betrachtet wurde, mit seinem Giro versehen hatte, bedrohte ihn mit allen furchtbaren Consequenzen des Wechselrechts und nötigte ihn endlich zur Einstellung seines ohnehin auf schwachem Fuße stehenden Journals. Der Anteil an diesem Unglück ist allgemein.“

### Schweiz.

Basel, 14. Nov. Der Grossherzog von Baden und seine Gemahlin fuhren heute, von Mainau kommend, hier vorüber nach Karlsruhe. Die baseler Regierung begrüßte sie. Zwei Compagnien waren mit Klingendem Spiel zum Bahnhof beordert.

(Bund.)

— Dem Frankfurter Journal schreibt man aus Bern vom 14. Nov.: „Einige deutsche Blätter legen den socialistischen Tendenzen, welche in der letzten Zeit bei verschiedenen Anlässen im Canton Neuenburg zutage getreten sind, eine zu große Bedeutung bei. Jedermann steht sie mit der gegenwärtigen politischen Situation in durchaus gar keiner Beziehung. In Neuenburg, besonders in den Bergen, leben viele fremde Arbeiter; auch Flüchtlinge halten sich dort auf. Wenn nun einer oder der Andere bei festlichen Anlässen in einer pomphaften Rede seine socialistischen Ideen ausstellt, so kann ihm dies von keinem Menschen verwehrt werden; denn wir leben hier in einer Republik, welche Rede- und Pressefreiheit hat. Das aber solche Träumerien bei der Masse der schweizerischen Bevölkerung nicht den geringsten Anklang finden, weiß jeder, der die Schweizer und ihren Eigenthum kennt. Sollten diese Herren sich zu weit vorwagen, dann würde ihnen der Weg bald gezeigt werden.“

### Italien.

**Sardinien.** Turin, 14. Nov. Ein wiener Blatt läßt sich schreiben: „Das Gerücht von einer beabsichtigten Heirath zwischen dem König Victor Emanuel und der verwitweten Herzogin von Leuchtenberg erhält sich.“ — In Paris sind, nach der Neuen Preußischen Zeitung, Privatbriefe aus Turin eingetroffen, in denen gemeldet wird, daß der König von österreichischer Seite sondiert worden sei, ob er gemeint sein würde, dem Kaiser Franz Joseph während seines Aufenthalts in der Lombardie einen Besuch abzustatten. Die Antwort sei eine entschieden verneinende gewesen. — Graf Nigra ist zum Minister des königlichen Hauses ernannt worden.

**Kirchenstaat.** Der Kölnischen Zeitung schreibt man aus Paris: „Sehr großer Heiterkeit erregt hier die Plünderung des Eisenbahngangs zwischen Rom und Frascati. Die Umstände, unter welchen dieses in seiner Art einzige Kunststück vor sich gegangen ist, haben allerdings Komisches. Die Banditen haben die Nachtigale nachgeahmt und dadurch den Zug zum Stehen gebracht und die Reisenden gemächlich ausgesäkt. Das ist gewiß ein merkwürdiger Einfall, der classischen Erde würdig, auf der er entstanden ist. Mit der Civilisation muß auch das Banditenthum forschen.“

### Frankreich.

— Paris, 16. Nov. Am heutigen Hofe machen sich noch immer Intrigen geltend, um Frankreich, wenn es ginge, von England loszu-reißen, und Dr. de Persigny stöhnt in dem Augenblick auf Schwierigkeiten, wo man sozusagen die letzte Hand ans gelungene Werk zu legen sucht; daher die verdrießlichen Artikel in der Times. Es mahnt uns wie das letzte Aufblacken einer im Verlöschen begriffenen Flamme. Man bedenke nur, daß Ludwig Napoleon von der Notwendigkeit gezwungen wird, sich vor der Welt den Schein zu geben, als folge er England, um sich zu sagen, daß diese Ville einmal hinabgeschluckt, das Wesen nur wenig Bedeutung behält. Graf Walewski verteidigt seine Haut; aber er hat diesmal zu gefährliche Gegner, und er hat das Gefühl des Kaisers wider sich. Dieser darf nur an die Epoche des Friedensabschlusses denken und seine damalige Stellung mit der heutigen vergleichen. Seit Graf Walewski gewissermaßen ohne unmittelbare und tägliche Controle gehandelt hatte, ist Frankreichs Stellung allmälig eine veränderte geworden, ohne daß sich eine Thatsache anführen ließe, welche diese Veränderung rechtfertigte. Sie wissen, daß in England die öffentliche Meinung und auch die Regierung sich von Frankreich abgewendet haben und daß man wol wieder verjöhnt thut, daß aber das Bündniß leider einen empfindlichen Stoß erlitten hat, von dem

es sich nur schwer wieder erholen könnte. Blicken Sie sonst in Europa umher und sie werden ähnlichen Erscheinungen begegnen. In Spanien geht die Camarilla ihren reactionären Weg und die Königin gibt selbst die Waffen ihren Gegnern in die Hände und liefert sozusagen selbst ihren Thron aus, und doch hat der Kaiser zwei mal zu Gunsten einer gemäßigten Politik an Isabella II. geschrieben. Der Papst, die Absolutisten, die Legitimisten, welche im König eine energische Stütze finden, machen was sie wollen. Im Osten ist Frankreich für die Vereinigung der Donauprätenten und die Räumung derselben; das Ministerium wird geschriften. In der Schweiz bringt der Kaiser auf Freilassung der Gefangenen von Neuenburg, die Eidgenossenregierung weist diese Zumuthung zurück mit aller Ehrerbietung, die ein so mächtiger Nachbar fordern darf. Was in Neapel ausgerichtet worden ist, sehen wir jeden Tag deutlicher, und es ist die Frage, ob die angekündigten verschärften Maßregeln die neapolitanische Regierung nachgiebiger stimmen werden. Frankreich will einen Kongress, und es kann auch diesen Willen nicht durchsetzen. Das sind bereite Thatsachen, die keinen Commentars bedürfen. Napoleon III. ist ein zu verständiger Mann, um nicht die ganze Bedeutung dieser Verhältnisse zu fühlen. Er wird demnach den Leuten, die dazu beigetragen haben, sie herbeizuführen, kaum Dank wissen; wenn auch die Zugeständnisse, die er sich gegenwärtig abnöthigen läßt, noch nicht sein letztes Wort sein mögen. Ludwig Napoleon, das kann nicht genug wiederholt werden, hat nur für Eine Seite Aufmerksamkeit: die inneren Zustände, welche ihm bei der Unterhaltungsliebe der Kaiserin auf die Reise nach Fontainebleau verzichten ließen, nehmen sein ganzes Sinnen in Anspruch. Wir werden bald eine Reihe von Maßregeln hervortreten sehen, die sich alle auf die materiellen Zustände beziehen; aber es werden auch keine acht Tage vergehen, ehe die englischen Blätter umgesattelt haben und bekennen, daß die französische Regierung Alles gethan, was von ihr verlangt werden kann. Muß ist ein bitterer Herr.

\* Paris, 17. Nov. Der heutige Moniteur meldet, daß der Baron Dörking-Holmfeld dem Kaiser sein Beglaubigungsschreiben als Gesandter für Dänemark überreicht hat.

### Großbritannien.

London, 16. Nov. Lord Palmerston wird in seiner energischen Politik gegen Russland keinen Stillstand eintreten lassen. Er soll im lehnten Ministerrath in ausgeregter Stimmung, die seltsam mit seiner sonstigen Ruhe kontrastirte, gegen die Intrigen Russlands gesprochen haben. Man vermutet, und wir glauben nicht mit Unrecht, daß ein unerwarteter Beistand das englische Cabinet veranlaßt, „der russischen Regierung jene Stelle im Nalhe der europäischen Mächte anzugeben, welche es in den Pariser Konferenzen eingenommen“. Man legt die lebtern Worte Lord Palmerston in den Mund. Man fügt hinzu, daß England entschlossen sei, dem Kaiser von Russland die Stelle vorzuziehen, welche eine überwundene Macht einnimmt.... Diese, vielleicht etwas hochtrabende Attitute wird sonderbarweise mit Größen in Verbindung gebracht, welche der österreichische Gesandte in der Foreign-Office machte. Das dies der „unerwartete Beistand“ ist, welchen die hiesige Regierung gefunden haben soll, scheint man andeuten zu wollen. Dem sei wie ihm wolle, jedenfalls ist die Erbitterung der hiesigen Regierung gegen Russland eher im Wachsen begriffen, und von daher soll es auch kommen, daß man in ministeriellen Cirkeln mit einem gewissen Misstrauen nach Paris blickt, solange das gegenwärtige Ministerium Ludwig Napoleon's am Ruder der Geschäfte ist. Mr. v. Persigny soll Versicherungen über den gewünschten Personenwechsel mit nach London gebracht haben; da sich diese nicht realisiren, so sind Befürchtungen lautgeworden, daß die englische Regierung nicht jene Satisfaction erhalten werde, welche ihr in indirekter Weise zugesagt worden ist.

— Der diebische Secretär der Norddeisenbahn, Nedpath, wird in etwa acht Tagen sein erstes Verhör zu bestehen haben. Seine Unterschleife sollen nach Einigen 100,000, nach Andern 150,000 Pf. St. betragen. Doch sind dies bloße Vermuthungen. Er selbst äußerte sich gegen den ihn verhaftenden Polizeibeamten, die Einrichtung seines Hauses allein werde bei der Versteigerung 30,000 Pf. St. einbringen. Uebrigens scheint dieser Monat dazu bestimmt zu sein, eine ganze Reihe von Beträgereien bei der Verwaltung von Eisenbahnen ans Tageslicht zu bringen, und eben kommt die telegraphische Meldung aus Dublin, daß Mr. Little, Kassier der Midland Great Western-Eisenbahn (in Irland), wie es heißt, aus Angst, daß große von ihm begangene Fälschungen nicht lange mehr ein Geheimnis bleiben können, sich den Hals abgeschnitten habe.

— In einem seit längerer Zeit leerstehenden Hause eines der eleganten londoner Quartiere wurde gestern zufällig eine Frau mit vier Kindern entdeckt, die sämmtlich dem Hungertode nahe waren. Der Anblick dieser Unglücklichen soll über alle Begriffe trostlos gewesen sein. Bloß das älteste der Kinder, ein Mädchen von etwa 14 Jahren, besaß noch einige Lumpen, seine Blöße zu bedecken, die Andern lagen nackt auf der bloßen Diele, abgemagert, den Tod erwartend; sie hatten seit fünf Tagen keine Speise zu sich genommen. Hülfe war rasch zur Hand und doch kam sie zu spät, die Mutter gab nach einigen Stunden den Geist auf, und ob die Kinder die Leiden der letzten Tage überstehen werden, ist noch ungewiß. Soviel die Polizei ermitteln konnte, war die Verstorbene früher in einem Arbeitshause gewesen, aus dem sie vor Monaten ihren Abschied nahm. Was sie dazu bewogen haben mag, lieber in einem einsamen Winkel mit ihren Kindern zu verschmachten, als die Unterstützung ihres Kirchspiels in Anspruch zu nehmen, wird vielleicht ewig ein Geheimnis bleiben.

Faedelandet hat über die Noten der beiden deutschen Großmächte einen langen Leitartikel. Österreich und Preußen wüßten recht gut, heißt es darin, daß ihre Forderungen nicht bewilligt werden könnten, und ihnen selbst liege an der Erfüllung derselben nicht einmal etwas. Ihr Zweck sei blos der, die dänische Regierung in Verlegenheit zu bringen, die Minister zum Rücktritt zu treiben, damit schleswig-holsteinisch Gesinnte an ihre Stelle treten könnten. Sie wollten mit einem Wort den dänischen König und sein Volk demütigen, indem sie ihnen Minister aufdrängten, wie sie es teilweise schon seinerzeit durch die besondere Empfehlung Karl Molke's und Neenton-Crimini's zu Ministern für die Herzogthümer gehabt hatten. Das dürfe sich aber Dänemark als selbständiger Staat, in dessen inneren Angelegenheiten sich Niemand zu mischen habe, nicht gesessen lassen.

### Königreich Sachsen.

Dresden, 17. Nov. Vor einigen Tagen ist die hier und auswärts sehr bekannte Felsner'sche Restauration für 42,000 Thlr. verkauft worden.

+ Leipzig, 17. Nov. Im Saale der Ersten Bürgerschule fand gestern Vormittag eine außer dem Vorstande nur von 16 Personen besuchte Versammlung der hiesigen deutsch-katholischen Gemeinde statt. Der Vorsitzende, Professor Rohrmäler, eröffnete dieselbe gegen 11 Uhr mit einer Ansprache, in der er den mehr als je spälichen Besuch beklagte, neben der inneren Überzeugung auch ein äußeres Bekennnis derselben umso mehr für eine Pflicht erklärte, als die bekannten Bestrebungen in der römisch-katholischen und selbst auch in der protestantischen Kirche, denen ganz kürzlich noch Dr. Schwarz in Gotha entgegentreten sei, die ganze Wachsamkeit der Gemeinde erfoderten, sich aber auch zu der Hoffnung hinneigte, daß die durch Gleichgültigkeit gelichteten Reihen des Deutschkatholicismus durch die unter jener Confession herrschende Unzufriedenheit über Gewissenszwang sich wieder füllen würden und daß die Gemeinde, zumal bei ihrer gesetzlichen Anerkennung in Sachsen, den Flüchtlings aus den Reihen jener ein Asyl darbiete. Hierauf erfolgte die Verkündigung der 20 neu gewählten Gemeindeältesten, darunter acht Vorstandsmitglieder, was den Vorsitzenden veranlaßte, den Eifer und die Treue des bisherigen Altestencollegiums anzuerkennen, zugleich aber über den inzwischen erfolgten Rücktritt eines der Gewählten zur römisch-katholischen Kirche eine kurze Debatte hervorrief. Den zweiten Gegenstand der Tagesordnung bildete eine Darstellung des gegenwärtigen Vermögensstandes der Gemeinde, den der Vorsitzende als in ein zwar anderes, aber nicht besseres Stadium als zur Zeit der vorigen Versammlung getreten erklärte. Auf die im Monat September an Se. Maj. den König ergangene Bitte nämlich, bei Errichtung eines Syndicats Erleichterungen einzutreten zu lassen oder doch den Schuldner der Gemeinde, G. M. Albani hier, zur Zinsenzahlung anzuhalten, sei am 19. Sept. ein Bescheid eingegangen, wonach die Sache dem königlichen Ministerium des Cultus, zugleich zur Vernehmung mit dem königlichen Justizministerium, übergeben worden sei. Inzwischen habe Albani, der noch die Zinsen vom 1. April schulde, am 1. Oct. dem Kassier geschrieben und eine Vollmacht der Gemeinde zur Empfangnahme verlangt, da er selbst „die Zinsen nicht aufbewahren wolle“; dies aber Klingt fast wie Hohn, da, wenn auch die Sache noch schwiebe, doch Zinsenzahlung seine Pflicht sei, überdies aber ihm wegen der höchstens 300 Thlr. betragenden Summe, die er doppelt zahlen zu müssen fürchte, von drei wohlhabenden und geachteten Mitgliedern der Gemeinde Bürgschaft geleistet sei, die er aber nicht angenommen habe. Die Noth, in welche die Gemeinde hierdurch gerathen sei, läßt sich auch jetzt nicht verhehlen, doch schlug der Vorsitzende vor, einen endgültigen Bescheid abzuwarten; sei auch dieser abfällig, so müsse man freilich, obwohl mit großen Kosten, zur Syndicatsbestellung schreiten. Eine Empfehlung der drei Bürgen durch den Stadtrath, wie sie ein Mitglied vorschlug, fand man, da die Annahme einer Bürgschaft Vertrauenssache sei, unzureichend; die Erkaltung von Seiten der Protestanten, von denen das Vermögen der Gemeinde zumeist herrühre, wieder in die anfängliche Theilnahme umzuwandeln, erkannte man bei der Natur der Mittel, deren es bedürfe, um solche Sympathien wachzurufen, aus polizeilichen Gründen für unausführbar; allgemein aber vereinigte man sich zu der Annahme, daß Albani, solange er nur die Berechtigung der Gemeinde zur Empfangnahme der Zinsen bezeugt und die Röthigung, später nochmals zahlen zu müssen, befürchtet habe, im Rechte gewesen sei, daß aber diese Entschuldigung seit angebotener Bürgschaft wegfallen und er, wie wiederholt angedeutet wurde, andere Gründe zur Verweigerung der Zahlung haben müsse. Noch folgten einige Erklärungen über die Schwierigkeit der Errichtung eines Syndicats, da hierzu ein wirkliches Erscheinen von zwei Dritttheilen der Gemeindemitglieder gehöre. Die Bestimmung, daß jede Versammlung außer im Tageblatt auch im Dorfanzeiger bekannt gemacht werden solle, und die Verlesung des Protokolls bildeten um 12 Uhr den Schluss der Versammlung.

Freiberg, 16. Nov. Gestern fanden zwei öffentliche Gerichtsverhandlungen hier statt: beide hatten Diebstähle zu behandeln. Der zuerst zur Verhandlung kommende Fall war ein sehr einfacher. Der Inculpat, ein Bergmann Namens Morgenstern, ward zu einjähriger Arbeitshausstrafe verurtheilt. Er hatte weder einen Vertheidiger noch legte er Berufung ein. Interessanter war der zweite Fall. Es ward gegen die Bezichtigte, Namens Döschlägel, in zweiter Instanz ein höheres Strafmaß beantragt und zuletzt auch erkannt; eine Erscheinung, die dem im sächsischen Strafrecht festgehaltenen Grundsatz widerspricht. Es ward aber im vorliegenden Falle

Art. 30  
trag un-  
gel wurd-  
ter den  
Anzahl  
Präzision  
aber die  
muss, mi-  
Zeugen  
herer S  
das bere-  
werden.

— Au-  
„Das al-  
Jugend  
Leben ge-  
Zweck h-  
richt zu  
mauern  
thigen C  
lich der  
welchem  
gerschule  
So hat  
sen Son-  
toste, de-  
richt seit  
bedauern  
die gute  
selbst in  
bereits d  
Ministeri-  
gen Fäc-  
tung, di-  
lich der  
haben so  
an der L  
stunden  
stunden  
Schulstu-  
sen übrig  
dem öff-  
2 Rgt.

\* Lor-  
in der  
Er hat  
ner Jor-  
Missir

Deb-  
tribunal  
v. Hager

\* Leip-  
ist längst  
solchen en-  
So erfah-  
Die Woll-  
die demnä-  
sept. in w-  
Roll auch  
Petition b-  
Brandenb-  
Burg, Da-  
Görlitz, C-  
genalza,  
berg, Pot-  
Tangermu-

□ Wie-  
lich schnell  
dazwischen  
wieder zu  
englischen  
notierten a-  
woche, u-  
leyten We-  
entschieden  
Dieses ve-  
erklärt sic-  
nicht für!  
durch Ihre  
sie die selb-  
Haussiers  
Creditanst-  
tremline ir-

Art. 300 im ersten Abschnitte des Strafgesetzbuchs zur Norm für den Antrag und der Verurtheilung genommen. Die vielfach rückfällige Oftschläge wurde zur Erstellung einer einjährigen Zuchthausstrafe verurtheilt. Unter den anwesenden Bürgern bemerkte man natürlich abermals eine große Anzahl von Juristen. Uebrigens wurde die Verhandlung mit ziemlicher Präzision geführt: Uebung macht wie überall erst den Meister. Wie sehr aber die Gewöhnung an das öffentliche Gerichtsleben erst erzeugt werden muss, mag der Umstand beweisen, daß bei der Zeugenvernehmung selbst solche Zeugen eine gewisse Bekommenheit sichtlich an den Tag legten, denen höherer Stand und Bildung zur Seite standen. Schließlich sei noch erwähnt, daß bereits in den nächsten Tagen abermals öffentliche Gerichtsitzungen sein werden.

— Aus Zittau vom 12. Nov. wird dem Dresdner Journal geschrieben: „Das allenthalben erwachte Interesse für die auch leibliche Ausbildung der Jugend hatte auch in unserer Stadt bereits 1848 einen Turnverein ins Leben gerufen, der weniger das gemeinschaftliche Turnen Erwachsener zum Zweck hatte, als der Jugend Gelegenheit zu einem ordentlichen Turnunterricht zu verschaffen suchte. Ein passender, zwischen den alten Stadtmauern gelegener Turnplatz wurde von dem Stadtrath angewiesen, die nötigen Geräte angeschafft, ein geprüfter Turnlehrer angestellt und feierlich der Turnplatz eröffnet. Der Turnlehrer erhielt 300 Thlr. Gehalt, zu welchem der Turnverein 100 Thlr., ebenso viel der Stadtrath für die Bürgerschulen und das Ministerium des Cultus für das Gymnasium beitrugen. So hat der Turnunterricht der hiesigen Schulanstalten fortgewährt bis diesen Sommer, wo der Turnverein wegen Mangel an Theilnahme sich auf löste, dem Turnlehrer gekündigt werden mußte, und somit der Turnunterricht seit Johannis völlig aufgehört hat. So sehr diese Unterbrechung zu bedauern ist, so wird doch vielleicht die Selbstauflösung des Turnvereins die gute Folge haben, daß das Turnwesen von nun an von den Behörden selbst in die Hand genommen werden wird. Für das Gymnasium wird bereits die Anstellung eines besondern Turnlehrers seitens des königlichen Ministeriums erwartet, welcher dem Unternehmen nach zugleich auch in einigen Fächern den gewöhnlichen Clasenunterricht ertheilen soll, eine Einrichtung, die sich an mehreren Gymnasien bereits als schon zweckmäßig hinsichtlich der Disziplin und des ernstlichen Fleisches auch beim Turnen erwiesen haben soll. Auch der Stadtrath geht mit der Absicht um, einige Lehrer an der Bürgerschule zu Uebernahme des Turnunterrichts neben andern Schulstunden zu vermögen, was aber bisher daran gescheitert ist, daß diese Turnstunden den Lehrern nicht besonders vergütet, sondern nur wie gewöhnliche Schulstunden honoriert werden sollen. Die Kosten des Turnunterrichts müssen übrigens von den sämtlichen Schülern selbst getragen werden, indem öffentlicher Bekanntmachung zufolge künftig alle Kinder vierteljährlich 2 Rgt. mehr Schulgeld zu bezahlen haben.“

### Neuere Nachrichten.

\* London, 17. Nov. (Telegraphische Depesche.) Ein bostoner Brief in der Times meldet Buchanan's Wahl zum Präsidenten. Er hatte 174, Fremont 114, Fillmore 8 Stimmen. Die londner Journale äußern über dieses Resultat unverhohlen ihre Misskommung.

### Personalnachrichten.

Ordensverleihungen. Preussen. Rother Adlerorden 2. Kl.: der Obertribunalrath Dr. Metz zu Berlin; 3. Kl. mit der Schleife: der Gutsbesitzer Dr. v. Hagenow zu Grefswald.

### Handel und Industrie.

\* Leipzig, 18. Nov. Die Frage über die Notwendigkeit eines Musterschüsses ist längst keine offene mehr. Die kaufmännische Welt ist im Allgemeinen für einen solchen entschieden und hat es bisher nicht an den nötigen Schritten fehlen lassen. So erfahren wir, daß in Preußen wieder eine lebhafte Agitation dafür auftritt. Die Wollwarenfabrikanten Noll u. Comp. in Brandenburg haben eine Petition an die demnächst zusammenentretenen preußischen Kammern entworfen und in Circulation gelegt, in welcher dringend um ein Musterschüssegeboten wird. Wie wir hören, wird Dr. Noll auch in einer besonderen Schrift die Petition ausführlich motivieren. Bis jetzt hat die Petition bereits zahlreiche Unterschriften gefunden; so zahlreich in Berlin mit einzigen 60, in Brandenburg mit einzigen 80, und verhältnismäßig dann noch in Bielefeld, Breslau, Burg, Danzig, Düsseldorf, Elberfeld, Eilenburg, Flüsterwalde, Groß-Glogau, Glogau, Görlitz, Göttin, Gränberg, Halle, Heschlingen, Köln, Kottbus, Krefeld, Kottwitz, Langensalza, Lenzen, Lünenwalde, Magdeburg, Neudamm, Neuruppin, Osterburg, Perleberg, Potsdam, Prenzlau, Priywall, Quedlinburg, Schönebeck, Seehausen, Stendal, Tangermünde, Wittenberg, Wittstock.

□ Wien, 17. Nov. Die Börse hat sich von der Panique der letzten Woche ziemlich schnell erholt, und wäre die Erhöhung des Zinsfußes der Bank von England nicht dazwischengekommen, so hätten die Papiere ihre vor der Panique erreichten Kurse wieder zurückerobern. Allein die Besorgniß, daß die anderen Banken das Beispiel der englischen Bank nachahmen werden, hat den weiteren Aufschwung gehemmt und wir notierten am 14. Nov.: Nordbahn 250, mit einer Abzug von 6 Proc. gegen die Vorwoche, und Creditactien 308, d. h. um 8 Kl. per Stück höher, als wie sie in der letzten Woche geschlossen. In den übrigen Papieren trat die steigende Tendenz wieder entschieden hervor, sie schließen jedoch durchgehends höher, als wie in der Vorwoche. Dieses verhältnismäßig geringe Steigen bei einer im Ganzen günstigen Stimmung erklärt sich aus folgenden Gründen: Die Kontremine hält die Situation noch lange nicht für so günstig, um die Segel zu streichen, und dämpft das Feuer der Speculation durch ihre stolze Kälte. Wenn sie sieht, daß große Kauflust vorherrscht, so führt sie dieselbe durch ihre sorgfältigen Verkäufe und macht die „Siebhaber“, wie man hier die Haussiers nennt, stupig, indem sie ihnen soviel „gibt“, als sie „nehmen“ wollen. Die Creditanstalt allein ist bei der Apothek der hohen Finanz im Stande, die Kontremine ins Vockhorn zu jagen. Durch ihre Kapitalskräfte sowie durch ihre Stellung

vollkommen geeignet, der Börse Gesetze vorzuschreiben, hat sie bisher ihre Position nicht richtig erfaßt, und ihr Vorgehen in der letzten Woche hat gezeigt, daß ihr auf diesem Gebiete ein großes Feld der Tätigkeit offensteht. Die jungen Bahnen müssen vorläufig kontrolliert werden, besonders insoweit, als das Ausland nicht wieder als Käufer derselben auftritt. Dies ist die Aufgabe der Creditanstalt und sie hat dieselbe auch richtig aufgefaßt. Sie hat aber endlich auch der Contremine in Nordbahnen eine Lecture gegeben, die aller Wahrscheinlichkeit nach ihre guten Früchte tragen wird. Soviel ist übelgenug Thatache, daß das Vertrauen zu der Leistung der Creditanstalt wieder zurückkehrt, und wenn erst das Publicum die Überzeugung gewinnt, daß die Interessen der Aktionäre in energerischer Weise gewahrt werden, so ist dann auch der „kleine Mann“ wieder bereit, Westbahn, Nordbahn oder Thürbahn zu kaufen. Die Erklärung der Wiener Zeitung über die Sistirung aller weiteren Eisenbahnconcessionen hat nicht versiebt, eine beruhigende Wirkung zu üben. Das „Gründunwesen“ ist durch die letzten Börsencalamitäten noch nicht aus dem Felde geschlagen worden, und wir wären unschärbar wieder mit den haarräubendsten Projecten hingezogen worden, wenn die Regierung nicht eben erklärt hätte, daß sie nur die bereits festgelegten Bahnen koncessioniert, alle neuen Projecte aber entschieden ablehnen werde. Von den noch nicht concessionirten Unternehmungen ist blos die Ostgalizische und die Prag-Pilsener Bahn als zugessichert zu betrachten, wogegen die Siebenbürgische und die Tiroler Bahn vorläufig bestätigt werden. Heute und gestern ist die Börse zwar gescheitert gewesen, allein dafür werden die Geschäfte an solchen Tagen sehr schwunghaft unter freiem Himmel betrieben. Alle Versuche der Polizei, diesen Unwesen zu steuern, sind bisher gescheitert, und man toleriert darum auch stillschweigend, was man nicht ganz verbünden kann. Infolge der besten partier Notierungen sind Creditactien heute auf 315 und Nordbahn auf 253 gestiegen.

— Die Österreichische Correspondenz vom 16. Nov. schreibt: „Bei den vielsehen Interessen, welche sich an den Bau der siebenbürgischen Eisenbahnen und an deren Verbindung mit den in den Donaufürstenthümern herzustellenden Schienenwegen knüpfen, erscheint es sachgemäß, daß auch die österreichischen öffentlichen Blätter sich mit den berauf Bezug nehmenden Fragen mehrfältig beschäftigen. Leider dürften aber die Quellen, aus welchen einige dieser Zeitungsblätter ihre diesfallsigen Nachrichten schöpfen, nicht immer die verlässlichsten sein, indem manche der gebrachten Mitteilungen theilweise als verfälscht, theilweise sogar als gänzlich unrichtig bezeichnet werden müssen. Wie wir von unterrichteter Seite erfahren, wurde weder bezüglich der siebenbürgischen Eisenbahnen noch tatsächlich der in den Donaufürstenthümern zu bauenden Schienennetze bisher eine definitive Concession ertheilt, und ebenso wenig ist über den Anschluß der beiderseitigen Eisenbahnen von der österreichischen Staatsverwaltung mit den beiderseitigen Regierungen bereits eine förmliche Vereinbarung getroffen worden. Die Interessen des fraglichen Anschlusses der wechselseitigen Bahnen sind übrigens so vielfach und tiefgreifend, daß wol als sicher angesehen ist, es werde seinerzeit über den gedachten Anschluß ein den beiderseitigen internationalen Beziehungen vollkommen entsprechendes Abkommen getroffen werden.“

— Im Dresdner Journal finden wir folgende Mitteilung über den Ertrag des Weinbaus im Königreich Sachsen von 1834 bis mit 1855: „Nach eben geschlossener Weinlese dürfte es nicht ohne Interesse sein, auf die Erträge des Weinbaus sowohl in den Domänen- als Privatweinbergen in Sachsen seit 1834 bis 1855 zurückzublicken. Die dem Statistischen Bureau hierüber amtlich mitgetheilten Zahlen besagen Folgendes:

Angezeigtes und beziehentlich declarirtes Mostergebnis von den

Jahr	f. Domänen- weinbergen.	Privat- weinbergen.	f. Domänen- u. Privatweinbergen
1834	Gimer. Maß.	Gimer. Maß.	Gimer. Maß.
1835	3950. —	90,480. —	94,430. —
1836	2230. 18	51,073. 1	53,303. 19
1837	752. 36	16,107. 64	16,860. 28
1838	819. 18	17,793. 31	18,612. 49
1839	138. 36	1,344. 13	1,482. 49
1840	1000. 54	21,380. 26	22,381. 8
1841	786. 18	16,292. —	17,078. 18
1842	285. 36	3,970. —	4,255. 36
1843	2030. 54	32,322. —	34,352. 54
1844	704. 36	8,582. —	9,286. 36
1845	228. 18	5,025. —	5,253. 18
1846	953. 36	20,337. —	21,290. 36
1847	2813. —	57,995. —	60,808. —
1848	1955. —	33,320. —	35,275. —
1849	1035. 54	13,000. —	14,035. 54
1850	1556. —	20,980. —	22,536. —
1851	829. 36	18,396. —	19,225. 36
1852	520. 54	7,189. —	7,709. 54
1853	821. —	20,607. —	21,428. —
1854	1640. 36	25,245. —	26,885. 36
1855	255. 45	5,642. —	5,897. 45
	411. 60	9,276. —	9,687. 60

In Sa. 35,718. 69 | 496,356. 63 | 522,075. 60

Eine regelmäßige Wiederkehr guter und schlechter Jahre läßt sich in diesen Zahlen nicht erkennen; wol aber legen sie davon Zeugnis ab, daß es kaum ein zweites Gewerbe in Sachsen geben dürfte, dessen Erträge in gleichem Grade auf- und niederschwanzen. Die Weinrente des Jahres 1834 überträgt die des Jahres 1838 um das 63½fache. Allerdings repräsentiren diese beiden Jahre das beste und schlechteste in der ganzen Reihe. Läßt man sie deshalb bei Rücksicht eines Durchschnittsergebnis außer Betracht, so ergibt sich als Mittelernte bei den königlichen Domänenweinbergen ein GesammtErtrag von 1081,5 Gimer, bei den Privatweinbergen von 20,226,6 Gimern, bei den sämtlichen Weinbergen von 21,308,1 Gimern. Je nachdem man glaubt, als Mittelpunkt für einen Gimer Most die Summe von 8 oder 10 oder 12 Thlr. anzunehmen zu müssen, stellt sich mitin der Weinbau in Sachsen als ein Gewerbe dar, dessen jährlicher Bruttoertrag sich im Durchschnitt auf 170,465 Thlr. oder auf 213,801 Thlr. oder auf 255,097 Thlr. beläuft.

### Börsenberichte.

Berlin, 16. Nov. Sonds und Geld. Freiw. Ant. 99½ bez., Präm. Ant. 114 bez., Staatschuld-Sch. 83½ bez.; Seehandl.-Pr. Sch. —; Fdr. —; Vdr. 110½ bez.

Ausländische Sonds. Poln. Schap.-Dbl. 91 Br.; Poln. Pfdr. neue 92½ Br.; 500-Fl.-Loose 88½ bez.; 300-Fl.-Loose 91½, etw. bez.

Bankactien. Preuß. Bankanth. 139½ Br.; Berl. Kassenverein —; Braunschweig. Bankact. abgest. 138½ G.; Weimar. 129—128½ bez. u. G.; Rostocker 130 G.; Geraet. 105 bez. u. G.; Thuring. 100½—101 bez.; Gothaer —; Hamb. Norddeutsche 99½ bez.; Berlinerbank 98 bez. u. G.; Hannoversche 113—112½ bez. u. G.; Bremer 116½ bez.; Darmst. Credita. Luzemburger 97 bez. u. G.; Darmstädter Gitterbank 107½—7½ bez. — Darmst. Credita. Bankact. alte 142½, 143½, 143, 144 bez., neue 129½, 131, 130½, 132 bez. u. G.; Lipp-

älter 100½—101 bez., Meiningen 99—100 bez. u. G.; Roburger 92 Br.; Dessauer 99½—½—½ bez., Moldauische Creditbank 104—103½ bez., Oester. 154½—156—155 bez., Genfer 83½ G.—Disc.-Commanditaktbl. 129, 130, 129½, 131 bez. u. G.; Berl. Handelsgesellsc. 101½—½—½ bez., Berl. Bankverein 102½ bez. u. G.; Schlesischer 99½—100 bez., Preuß. Handelsgesellschaft 98½—89 bez., Waaren-Gr.-G. 105½ bez. u. G.

Eisenbahnactien. Berlin-Anhalt 166½ bez., Pr.-Act. 89½ G.; Berlin-Hamburg 103½ Br., Pr.-Act. 100½ bez.; Berlin-Böddam-Magdeburg 133 G.; Pr.-Act. Lit. A. u. B. 89½ bez., C. 98½ bez., D. 97½ G.; Berlin-Stettin 138½—139½ bez., Pr.-Act. —; Königs-Minden 154 bez., Pr.-Act. 100 Br., 2. Gm. 5pc. 102½ Br., 4pc. 90 Br., 3. Gm. 4pc. —, 4. Gm. 89½ bez.; Rosel-Oderberg (Wilh.) alte 144 Br., neue 129½ bez., Pr.-Act. 87½ bez.; Düsseldorf-Ellerfeld 142 bez., Pr.-Act. —; Magdeburg-Wittenberge —, Pr.-Act. 95½ G.; Pr.-B.-Nordb. 54½ G., ½ Br., Pr.-Act. 98½ G.; Ober-schl. Lit. A. 165—166 bez.; B. 147½ G.; Rheinische, alte 114 bez., neue —, neueste 96 G.; St.-Pr.-Act. 112½ bez., Pr.-Obl. —; Halle-Thüring. 130 Br., Pr.-Act. 100 bez.

Breslau, 17. Nov. Oester. Bankn. 96½ Br.

Hamburg, 15. Nov. Berlin-Hamburger 103 Br., 102½ G.; Hamburg-Bergedorf — Br., — G.; Altona-Kiel 130 Br., 129½ G.; Span. Anleihe 1½pc. 21½ Br., 21 G.; Span. Inv. Inv. 34 Br., 34 G.; London; Disc. —; Binf. —.

Frankfurt a. M., 17. Nov. Nordb. —; Ludwigshafen-Begbach 141 bez.; Frankfurt-Hanau 80 bez.; Frankf. Bankact. 111½ Br.; Oester. Nationalbankact. 1183—1184 bez. u. G.; 5pc. Met. 76½ Br., 4½pc. Met. 65½ Br., ½ G.; 1834er Loosse 243 G.; 1839er Loosse 114 G.; bad. 50-Fl.-Loosse 84 Br.; hess. Loosse 39½ Br., ½ G.; 3pc. Spanier 36½ Br., 1½pc. 22½ G., ½ G., ½ bez.; Wien 111½, ½, ½ bez.; London 117½ Br., ½ G.; Amsterdam 99½ G.; Disc. 6 Br. G.

Wien, 17. Nov. Staatschuldverschreib. 5pc. 81½%; Nationalanl. 83½%; do. 4½pc. —; 1839er Loosse —; 1854er Loosse 107; Bankact. 1074; Französisch-Oester. Eisenbahnact. 317; Nordb. 2532½; Elisabethbahn 205½; Donaudampfschiffahrt 586; Creditbank 316; Augsburg 107 Br.; Hamburg 78%; London 10. 20½ Br.; Paris 124 Br.; Gold 110.

**Getreidebörsen.** Berlin, 17. Nov. Weizen loco 60—94 Thlr. Roggen loco 48—50 Thlr., Nov. 48—47½ Thlr. bez., 47½ Br., 47½ G.; Nov./Dec. 47—46½ Thlr. bez. u. G., 46½ Br.; Frühjahr 46½—½ Thlr. bez. u. G., 47 Br. Gerste 40—46 Thlr. Hafer loco 23—28 Thlr. Rübel loco 17½ Thlr. Br., Nov. 17½—¾ Thlr. bez. u. G., 17½ Br.; Nov./Dec. 17½ Thlr. bez. u. G., 17½ Br.; Dec./Jan. 17½ Thlr. Br., 17 G.; Jan./Febr. 17 Thlr. bez. Br., u. G.; April/Mai 16½—16 Thlr. bez. Br., u. G. Spiritus loco ohne Fäh 30 Thlr. bez., mit Fäh 30—½ Thlr. bez., Nov. 30—½ Thlr. bez. u. G., 30½ Br.; Nov./Dec. 28½ Thlr. bez. u. Br., 28 G.; Dec./Jan. 27 Thlr. bez. u. Br., 26½ G.; Jan./Febr. do.; April/Mai 27 Thlr. bez. u. G., 27½ Br.

Weizen flau und geschäftslos. Roggen loco ohne Umsatz. Termine bei Neinem Geschäft etwas billiger verkauft. Rübel schwach behauptet. Spiritus bei milder Stimung etwas billiger verkauft; gefändigt 90.000 Quart.

Breslau, 17. Nov. Weizen weißer 78—95 Ggr., gelber 78—90 Ggr. Roggen 49—57 Ggr. Gerste 40—48 Ggr. Hafer 26—29 Ggr. Spiritus per Timer zu 60 Quart bei 80 Proc. Tralles 12½ Thlr.

Stettin, 17. Nov. Weizen 60—84 bez., Frühjahr 77½—77. Roggen 48—50. Frühjahr 46½. Spiritus 12½; ohne Fäh Nov. 12 bez.; Frühjahr 13½ G., 12½ bez. Rübel, Nov. 16½ bez.

## Leipziger Börse am 18. Nov. 1856.

Staatspapiere u. Actionen im 14-Thaler-Fusse excl. Zinsen.	Angebo- ten.	Ge- sucht.	Staatspapiere u. Actionen im 14-Thaler-Fusse excl. Zinsen.	Angebo- ten.	Ge- sucht.
Königl. Sächs. Staatspapiere v. 1850 v. 1000 u. 500 & 3%	—	83½	K. Pr. Präm.-Anl. v. 1855 a 3½%	—	—
kleinere	—	—	K. K. Oest. Met. pr. 150 Fl. & 4½%	—	—
- 1855 v. 100 & . . . . .	—	77½	do. do. do. do. —	78	—
- 1847 v. 500 . . . . .	—	98½	do. do. Nat.-Anl. v. 1854 -	—	80
- 1802 v. 1855 v. 500 & . . . . .	—	98½	do. do. Leop.-v. 1854 do. —	—	—
v. 100 . . . . .	—	99	Wiener Bankactien per Stück	—	—
- 1851 v. 500 u. 200 & 4½%	101½	—	Leipz. Bankact. à 250 & per 100	166	—
Königl. Sächs. Landrentbriefe v. 1800 u. 500 & a 3½%	—	83½	Deß.-Bkact.-Lit. A.B. à 100, pr. do.	137	—
kleinere	—	—	C. à 100 - do. 124	—	—
do. v. Juli 1856 à 100 - do. —	—	—	do. à 100 - do. —	—	—
Leipziger Stadtobligationen v. 1000 u. 500 & a 3%	—	95	Weim.-B.-A.-Lit.A.B. à 100 - do.	129½	—
kleinere . . . . .	—	—	Geraische Bk.-Act. à 200 - do.	106	—
. . . . . 4%	—	98½	Thüringische - à 200 - do.	101½	—
do. do. à 100 - do. —	—	—	Lpz.-Dresden.E.-Act. à 100 - do.	294½	—
Sächsische erbl. Pfandschreie v. 500 & a 3½%	86½	—	Löb.-Zitt. do. Lit. à 100 - do.	61	—
v. 100 u. 25 & . . . . .	—	—	do. do. B. à 25 - do. —	—	—
v. 500 & . . . . . 3½%	91½	—	Alberts.-Eisb.-Act. à 100 - do.	—	—
v. 100 u. 25 & . . . . .	—	—	Magdeb.-Leipz. do. à 100 - do.	277	—
v. 500 & . . . . . 4%	99	—	do. do. II. Em. à 100 - do. 234	—	—
v. 100 u. 25 & . . . . .	—	—	Thüringische do. à 100 - do. —	130½	—
v. 500 & . . . . . 4%	99	—	Berlin-Anhalt do. à 200 - do. —	167	—
do. do. à 100 - do. —	—	—	Köln-Mind. E.-Act. à 200 - do. —	140	—
do. do. à 100 - do. —	—	—	Fr.-Wih.-Nord. do. à 100 - do. —	—	—
do. do. à 100 - do. —	—	—	Altom.-Kiel. à 100 Sp. à 11½	—	—
do. Schuld-Sch. 1854 4%	99	—	Act. d. Allg. dents. Cred.-Anstalt	—	—
do. Schuld-Sch. 1854 4%	101	—	zu Leipzig à 100 & per 100 &	101½	101½
Thüringische Prior.-Obl. à 3½%	100½	—	Not. d. öst. Nat.-Bank pr. Fl. 150	—	96½
v. 1000 u. 500 & a 3%	85	—	Kurhess. Anh.-Köth. u. Bernb.,	—	—
do. St.-Cr.-K.-S. kleinere à 3%	—	—	Schwrb.-Rudolst. u. Meining.	—	—
do. St.-Cr.-K.-S. kleinere à 3%	—	—	Kassenschr. à 1 u. 5 & . . . . .	—	—
do. St.-Cr.-K.-S. kleinere à 3%	—	—	And. diverse ausl. dgl. à 1 u. 5 & . . . . .	—	—

## S e u i l l e t o n .

3 Leipzig, 18. Nov. Soeben ist das „Historische Taschenbuch. Herausgegeben von Friedrich v. Raumer. Dritte Folge. Achtter Jahrgang“ (Leipzig, F. A. Brockhaus) erschienen. Wir beilegen uns, wenigstens im Allgemeinen die Freunde der Geschichtswissenschaft mit dieser Erscheinung bekannt zu machen. Der Monographien, die dieser Jahrgang enthält, sind vier: 1) „Der Fürstenkrieg gegen Kaiser Karl V.“ Von Jo-hannes Volgt.“ Der bekannte Altmäster der deutschen Historiographie hat wiederum ein treffliches Stück Arbeit geliefert, dem angehenden Jünger der Geschichtswissenschaft ein Muster der Forschung und sichtvoller Darstellung, für alle aber zu großer Belehrung. Das königberger und berliner Archiv hat manche Ausbeute gelesen, theils zur Verstärkung, theils zur Erweiterung auf diesem Gebiet bis jetzt erworbenen Kenntnisse. Besonderes Interesse hat es noch für einen Sachsen, zu lesen, was an zahlreichen Stellen über Kurfürst Moritz vorkommt. 2) „Zur neuen Geschichte Spaniens (1808—40).“ Von Friedrich v. Raumer.“ Wir freuen uns, daß der große Geschichtsschreiber von seinem Erfolgs, allen schriftstellerischen Arbeiten zu entsagen, sich durch den Reiz seines gewählten historischen Themas hat abbringen lassen. Die französische, englische und spanische Geschichtsliteratur, aus leicht begreiflichen Gründen in geringem Maße die deutsche Geschichtsschreibung, hat selbst bis auf die allerjüngste Zeit für diesen Zeitraum der spanischen Geschichte höchst wertvolle, zum Theil auch sehr umfangreiche Werke aufzuweisen. Zu bedauern ist es, daß die Memoiren des Marschalls Soult mit der Herausgabe des Briefwechsels zwischen Napoleon und seinem Bruder Joseph nicht gleicher Schrift gehalten haben: und sind wenigstens nur die drei ersten Bände bekannt, und diese reichen bloss bis zur Kapitulation von Genua und Soult's Abreise nach Paris (1801). Man verweilt mit regster Theilnahme bei dem Schicksale des spanischen Volks und des Königs Joseph: das Schicksal Velder darf ein tragisches genannt werden. 3) „Gustav III. und die politischen Parteien Schwedens im 18. Jahrhundert. Zweite Abteilung: die politischen Katastrophen unter Gustav III. Von Ernst Herrmann.“ Die erste Abteilung, welche im vorigen Jahrgange des Historischen Taschenbuch enthalten ist, bildet gewissermaßen die Einführung zu Dem, was uns der Verfasser in der zweiten Abteilung nach den besten Quellen-schriften in anschaulicher Weise erzählt hat. Das Ganze bildet einen merkwürdigen Beitrag zur Geschichte des Königthums überhaupt und zu dem Schweden insbesondere. Zugleich erhält der Geschichtsschreiber zur Charakteristik der politischen Verhältnisse im standesamtlichen und russischen Norden brauchbare Notizen. 4) „Der preußische Landtag im Februar 1813.“ Nach dem im Archiv der Generallandschaftsdirection von Ostpreußen aufbewahrten Acten des Landtages von 1813 und nach mindlichen Mitteilungen des Staatsministers v. Schön. Von August Witt.“ Wir können diese Monographie mit wenigen Worten charakterisieren: sie ist im Allgemeinen ein wertvoller Beitrag zur speziellen Geschichte Preußens: sie ist im besonderen ein Nachtrag zur Biographie Stein's, insofern sich dieselbe auf das Jahr 1813 bezieht. Zuletzt glauben wir noch das Urtheil aussprechen zu müssen: auch der Jahrgang 1857 des Historischen Taschenbuch hat seinen zahlreichen Vor-gängern in ebenso rüstiger als verdienstlicher Weise nachgestrebt.

\* Aus Österreich, 15. Nov. In Wien erscheint unter Dr. Skuzig's Redaction ein Österreichisches Wochenblatt. Alljährlich ginge der Redaction desselben folgende Zeitschrift von der k. k. Finanzbeiratssdirection in Wien zu: „Infolge der von der hierortigen Rechnungsabtheilung vorgenommenen Prüfung der wiener Zeitschrift Botanische Wochenblätter wurden in den Blättern vom 3. und 10. Febr. 1853 fünf literarische Notizen aufgenommen, welche den Bücheranzeigen der verschiedenen Buchhandlungen gleichzuhalten sind, weil sie den Ort des Bezugs und zum Theil auch den Preis der Bücher enthalten, wofür die gesetzlichen Gebühren à 10 Kr. nicht erlegt worden sind. Die Redaction wird daher aufgesodert, den gedachten ausständigen Gebührenbetrag binnen 30 Tagen einzuzahlen.“ Die Redaction gesteht ihre Überraschung über diese Zumuthung, und glaubt annehmen zu dürfen, daß es die Absicht der Regierung nicht sei, durch das Mittel einer solchen Besteuerung die Zugänglichkeit von Mittheilungen über literarische Erscheinungen dem an wissenschaftlichen Bestrebungen teilnehmenden Publicum zu erschweren. Eine solche Deutung des Gesetzes über Besteuerung der Ziserate würde jede Recension unmöglich machen, sie würde einer Be-

steuerung der Intelligenz, einer Hemmung des Fortschritts gleichkommen. Jede Redaction würde sich wohl halten, Bemerkungen über literarische Erscheinungen in den Bereich ihrer Mittheilungen zu ziehen, wenn sie eine jede solche Notiz mit einer Steuer von 10 Kr. bühnen müßte. Wissenschaftliche Journale, deren Pflicht es sei, alle literarischen Erscheinungen ihrer Tendenz gewissenhaft zu verzeichnen, könnten bei einem solchen Verfahren ihre Aufgabe nicht erfüllen, ohne ihr Bestehen in Frage zu stellen. Schließlich bemerkt die Redaction, daß sie sich gerächtigt sehe, die literarischen Notizen ihres Blatts künftig in einer minder anstrenglichen Form zu bringen, d. h. Verlagshandlung und Preis der Werke bei den Recensionen nicht mehr anzugeben.

\* In einem Erlass des preußischen Ministers des Innern vom 23. Oct. heißt es: „Eine Anzahl frivoler und schlüpfriger Theaterstücke französischer Ursprungs seien in mehr oder weniger getreuer Nachbildung auf die betreffenden Bühnen ver-plant worden. Dieselben entlehen ihr Interesse großtheils der pflichtigen Schilderung des sittlich verderbten Treibens einer tiefsinkenden Schicht der Gesellschaft, besonders derjenigen Verhältnisse und Erscheinungen, in welchen die Auflösung aller Grundlagen des ethischen und Familienlebens sich äußern: frivole und Lebend-an-schauungen würden in jenen Stücken dem Publicum, wenn nicht geradezu empfohlen, doch mit einem so blendenden äußern Schein vorgeführt, daß das sittliche Gefühl dadurch unvermeidlich abgestumpft und irregeleitet werde. Während in einzelnen der bezüglichen Stücken die Tendenz zur Beschönigung gewisser Erscheinungen sittlicher Entwicklung unverhüllt hervortrete, sei in andern zwar die Absicht anscheinend auf Warnung vor jenen sozialen Verirrungen gerichtet, aber auch in diesen Stücken könne die Handlung und Darstellung, indem sie sich ausschließlich in der Sphäre und in den Anschauungen des frivolen Theils der Gesellschaft bewege, nur den demoralisierendsten Einfluß auf die Gefühls- und Sinnesweise des großen Publicums üben. Im Interesse der öffentlichen Sittlichkeit sei es daher dringend erforderlich, der weiteren Verbreitung dieser Art dramatischer Erzeugnisse Einhalt zu thun und die Darstellung von Stücken der bezeichneten Art fernherin nicht zu gestatten. Abgesehen von denjenigen Stücken aber, deren gefahrner Inhalt und wesentliche Tendenz zu den erwähnten Bedenken Anlaß gebe, sei überhaupt darauf zu achten, daß auch in anderen Theaterstücken nicht durch einzelne Neuerungen, Couplets u. dergl. eine leichtfertige Auffassung erster sittlicher Verhältnisse verbreitet werde. Überhaupt sei darüber zu wachen, daß die Schaubühne, bei deren Beaufsichtigung der Zweck einer sittlichen Einwirkung auf das Volkstheater niemals aus dem Auge zu verlieren sei, ihren tiefgreifenden Einfluß nicht dazu misbrachte, um in irgendeiner Richtung einer verderblichen Denkwelle Vorschub zu leisten.“

\* Die vor fünf Jahren bei dem Dörfe Alessandropol im jesaterinoslawer Gouvernium begonnenen Nachgrabungen haben gegenwärtig zu einem glänzenden Ergebnis geführt. Der größte der dortigen Kurgangs, ein förmlicher Berg von 240 Fuß Höhe, ist abgetragen worden und hat eine Ausbeute von zahlreichen goldenen, silbernen, Bronze- und Thongefäßen gefertigt, dazu Eisenstangen, Pferdegerüste, Nägel und Goldschmuck. Alles ist wohlerhalten, und obschon sich die Spuren eines vermutlich von räuberischer Hand in vergangenen Zeiten gemachten Einbruchs zeigen, ist die Menge der entdeckten Gegenstände doch eine sehr bedeutende. Vergleicht man mit diesem Funde die bekannte Stelle des Herodot über die scythischen Königsgräber, so gewinnt man die Sicherheit, eine wirkliche Katakombe geöffnet zu haben, und zugleich die Hoffnung, einer ganzen Reihe ähnlicher Entdeckungen entgegenzugehen.

\* Der Times-Correspondent aus Alessandria erzählt in einem Briefe vom 31. Oct. die in letzter Zeit dort angekommenen englischen Touristen hätten sich höchstlich über die während ihres Aufenthalts vorgekommenen heftigen Regengüsse gewundert, da sie die triste Vorstellung mitgebracht, daß es in Ägypten niemals regne. Auch der bekannte englische Geschichtsschreiber Sir Archibald Alison schreibt in seiner „Geschichte Europas“: „In Ägypten regnet es niemals, und Jahrhunderte verfließen, ohne daß etwas Anderes als ein feuchter Nebel die Oberfläche des Bodens benetzt. Es soll seit 1700 Jahren in Ägypten nicht geregnet haben.“

Alte  
Zeitung  
Öffentlich  
General-Me-  
dien

gewählt  
deburg  
nannt, so  
Funk



